

Hamburgrs Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 29

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis 8 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Lorenz-Gräß-Str. 7. Fernspr.: Nordsee 9246.

Hamburg, den 22. Juli 1922

Anzeigen kosten die sechsgepaarte Non-
pareillezettel oder deren Raum 5 Mark
(der Betrag ist stets vorher einzusenden),
Verbandsanzeigen 2 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

Neue Lohnverhandlungen in Berlin.

Die am 11. und 12. Juli in Berlin abgehaltenen Lohnverhandlungen fanden unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen statt. Der Schiedsspruch vom 18. Juni hatte in den weitesten Kreisen unserer Kollegenschaft eine tiefgreifende Ungeselligkeit ausgelöst, weil sein Ergebnis die tatsächlichen Verhältnisse in den meisten Orten zu wenig berücksichtigt hatte und die Spannung gegenüber andern Gewerben noch größer wurde als bisher. Im schnellsten Tempo hatte die Teuerungswelle sich fortbewegt und die Entwertung der Mark noch weitere Fortschritte gemacht. Die Indeziffern des statistischen Reichsamtes ließen für die Lebenshaltung im Juni eine Teuerung von 9,2 % erkennen. Die Großhandelspreise aber waren von Anfang Juni bis Anfang Juli dieses Jahres um 16,6 % gestiegen. Daraus geht hervor, was das Statistische Reichsamts in seinem Bericht auch betonte, daß die durch die Valuta bedingte Teuerung der letzten Zeit in der Statistik der Lebenshaltungskosten noch nicht zur Geltung gekommen ist. Bedeutend sind auch Textilwaren, Leder, Kohlen, Petroleum usw. gestiegen. Der Abstand zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen hat sich, infolge des scharfen Tempos, mit dem erstere gestiegen, wieder vergrößert. Mit wachsender Erregung beobachtet auch unsere Kollegenschaft die steigenden Preise, die gewaltige Teuerung, die sie am eigenen Leibe zu spüren bekommt. Nur einer vernünftigen Lohnpolitik wird es noch möglich sein, die beschleunigte Minderung des Reallohnes anzuhalten.

Off genug haben unsere Vertreter bei den Lohnverhandlungen davor gewarnt, eine kurzfristige Lohnpolitik zu treiben, die sich früher oder später rächen werde. Und so kam es auch. In verschiedenen Orten brachen Konflikte aus, weil man selbst in letzter Stunde noch glaubte, den gegebenen Notwendigkeiten mit dem einfachen Hinweis auf eine Rechtsnorm begegnen zu können.

Unter diesen Umständen war die Situation eine sehr ernste. Das hatte auch der unparteiische Vorsitzende Oberregierungsrat Dr. Caesar erkannt, der sich außerordentlich bemühte, einen Ausgleich herbeizuführen. Es stand fest, daß es so wie bisher, auf Grund der amtlichen Indeziffer, eine Einheitsformel zur Festsetzung der Löhne zu bestimmen, nicht mehr weiter ging. Die Notwendigkeit, daß, um zum Ziele zu gelangen, die Streitpunkte zurückgestellt werden mußten, wurde auch von den Vertretern der Arbeitgeber eingesehen. Gewiß kann unter einem Tarifverhältnis ein Verstoß gegen die Abmachungen nicht gebilligt werden; man muß aber bei solchen Vorfällen den Ursachen nachgehen und darf nicht lediglich an starren Formeln hängen bleiben. Auf die scharfen Einwendungen der Arbeitgebervertreter gegen die vorgekommenen wilden Streiks gelang es dem Vorsitzenden, durch sachliche Einwände die hochgehenden Wogen zu glätten.

Für unsere Kollegen kam es hauptsächlich darauf an, daß bei der Lohnfestsetzung diesmal die Gesamtlage herüdsichtigt werden mußte. Der Gedanke, daß auch unsere Kollegen mit den übrigen Gruppen im Baugewerbe in ihrem Lohnverhältnis annähernd gleichgestellt werden müssen, mußte auch bei der Gegenseite mal aufgenommen und verstanden werden. In eindringlicher Weise kam dies zum Ausdruck, und an der Hand von Tatsachen wurde nachgewiesen, welche Zustände sich unter dem bisherigen System bis zu den vorgekommenen Streiks herausgebildet haben. Es soll kein sklavisches Anlehnen oder direktes Übertragen der Lohnsätze sein — die Maler können doch auch mal über den Löhnen im Baugewerbe stehen —, aber die hohen Spannungen, wie sie in den letzten Jahren zwischen den Löhnen unserer Kollegen und denen in andern ähnlichen Gewerben bestanden, dürfen nicht weiter so bleiben. Hierin liegt die Quelle aller Differenzen, die zum Vorschein gekommen sind; darum heftige man diese Quelle und berücksichtige mehr als bisher geschehen auch die örtlichen Verhältnisse. Ziel-sach seien in den Orten die Parteien sich einig geworden, trotz der Klausel keine örtlichen Verhandlungen zu führen. Ohne Not werde örtlich nicht wieder verhandelt, darum führe die Anweisung nach außen hin, unter keinen Umständen

örtlich zu verhandeln, wie die Tatsachen jetzt beweisen, zu unethischen Zuständen und schweren Konflikten.

Dem gab Kollege Streine in seinen allgemeinen Bemerkungen Ausdruck. Scharf unterstrich er, wie aus den früheren Minimallohnen heute ein Einheitslohn geworden sei, über dem fast niemand mehr erhalte. Die letzten Schiedssprüche basierten auf den amtlichen Indeziffern. Diese umfaßten aber bekanntlich nur einen Teil des Lebensunterhalts und wiesen auch sonst erhebliche Fehlerquellen auf. Die letzten 14 Tage, während der die Teuerung eine enorme Steigerung genommen, kämen in den Indeziffern auch noch nicht zur Auswirkung. Neben wies an einem reichen Zahlenmaterial die in den letzten Wochen eingetretene Preissteigerung nach, die 10 bis 30 % in einer einzigen Woche aufwies. Dazu komme die große Geldentwertung, wodurch gerade die Teuerung im Kleinhandel sofort hervortrete. Kein Gehilfe sei heute instand, etwas im Vorrat einzukaufen, nie bekomme er eine Nachzahlung, also doppelt hart treffe ihn die anhaltende Teuerung. Schon so oft warnten wir vor den Folgen, wenn die Stundenlöhne im Malergewerbe gegenüber andern verwandten Gruppen oder der Industrie um 5, 6, ja bis zu 10 % zurückblieben. Die Forderung, die Löhne unseres Gewerbes müssen mit denen der übrigen Bauarbeiter gleichstellen, lasse sich nicht länger zurückstellen, sonst gäbe es die größten Konflikte; zudem gäben viele Meister das selbst zu. Also, wie die Dinge jetzt liegen, gäbe es keinen andern Ausweg als die Annäherung unserer Löhne an die der andern Bauhandwerker. Unsere Kollegen sind Freunde des Tarifvertrages, das haben sie lange Jahre hindurch bewiesen; aber das darf nicht dazu führen, daß der Tarif für sie bei der so notwendigen Lohnverbesserung ein Hindernis ist.

Herr Kruse führte aus, daß die Löhne im Baugewerbe schon immer eine gewisse Differenz aufgewiesen hätten. Es seien stets über den Prozentsatz der Indeziffer die Löhne festgesetzt worden. Gewiß müsse jeder rechtlich denkende Mensch zugeben, daß die letzten 14 Tage eine große Preissteigerung und Geldentwertung gebracht hätten; der un-reelle Handel mit seinen Schiebertendenzen mache sich schwer bemerkbar. Sie seien bereit, über die neuen Löhne zu verhandeln, aber nicht auf der Grundlage der Bauarbeiterlöhne; auch die scharf einsehende Teuerung solle berücksichtigt werden.

Nach einer eingehenden Entgegnung des Kollegen Streine auf diese Ausführungen und einem kräftigen Appell an die diesmal vollzählig erschienenen Landesverbandsvertreter der Arbeitgeber, endlich großzügiger zu denken und nicht durch eine kleinliche Lohn- und kurzfristige Machtpolitik auch noch den letzten leistungsfähigen Gehilfen aus dem Malergewerbe hinauszutreiben und diesem den Zugang junger, strebsamer Elemente zu versperren, so daß es nie wieder seine einstige Höhe erreichen könne, wurde in eine Aussprache über die Lohngebiete in den einzelnen Bezirken eingetreten.

Auch diese Beratungen waren sehr sachlich. Andern Tages fanden im Haupttarifamt die Beratungen über die Bezirke statt, bei denen noch keine Einigung der Parteien erzielt worden war. Wo es trotzdem noch nicht gelang, zu einem Ausgleich zu kommen infolge eines zu niedrigen Angebots, wie im ersten Bezirk, für Niedersachsen, für Bezirk Mitteldeutschland, Provinz Sachsen, Freistaat Anhalt, Thüringen, Freistaat Sachsen, Baden und Rheinpfalz, wurden die Vorschläge des Unparteiischen, die sich durchschnittlich bei 25 % Lohnhöhung bewegten, vom Haupttarifamt mit Mehrheit angenommen.

Die neuen Lohnsätze treten am 16. Juli 1922 bis 15. August 1922 einschließlich in Kraft. Am 9. August werden die Parteien zu weiteren Verhandlungen zusammenkommen. Von der Gehilfenschaft wird erwartet, daß nun alle Streiks eingestellt werden. Selbstverständlich, betonte der Vorsitzende, soll Vergangenes vergessen sein, um wieder ohne Verzögerung an die Arbeit heranzugehen; deshalb sollten auch infolge der Streiks ferner keine Differenzen daraus entstehen.

Wir hoffen, daß die Kollegen allerorts das Verhandlungsergebnis sachlich prüfen. Von der weiteren Entwicklung

der wirtschaftlichen Verhältnisse wird dann unsere Stellung zu den kommenden Verhandlungen diktiert werden. Leider ist damit zu rechnen, daß sich in einigen Wochen die Teuerung infolge des Sturzes unserer Valuta immer mehr auswirkt. Darüber wird dann spätestens am 9. August verhandelt. Wir werden wie bisher auch ferner nicht erlahmen, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die Lebenslage unserer Kollegen hinter der der übrigen Arbeiterschaft nicht zurückbleibt.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Der Arbeitsmarkt im Juni hat sich im Hinblick auf den Vormonat im wesentlichen nicht verändert. In 143 berichtenden Filialen mit 48 155 männlichen und 35 1 weiblichen, zusammen 48 506 Mitgliedern wurden am letzten Arbeitstage der letzten Vierteljahrswoche 161 = 0,3 vom Hundert Arbeitslose ermittelt. Im Vormonat berichteten 146 Filialen mit 55 458 Mitgliedern, von denen 179, ebenfalls = 0,3 vom Hundert arbeitslos waren.

Die energische Kurve nach oben, die die Arbeitsgelegenheit seit dem Monat März zeigt, hat auf diesem Stande (0,3) augenscheinlich ein Verweilen. Sie geht energischer und höher als im Vorjahr, wo der Mai noch 1,1 %, der Juni 0,9 % Arbeitslose ergab. Angesichts der gegenwärtig einsehenden ungeheuren Steigerung der Preise für den Lebensbedarf ist es immerhin begrüßenswert, daß in der Gunst der guten Lage unseres Gewerbes, unsere Kollegen in diesem Valutasturm nicht so gänzlich bar gegenüberstehen. Zu erhoffen ist, daß, wie im Vorjahr die Lücke der Nachfrage bis zum Oktober weiter anstieg, auch für dieses Jahr die Beschäftigungsziffer den fehlenden Bruch bis zur restlosen Beschäftigung aller Kollegen überwindet.

Für die einzelnen Verbandsbezirke ergibt sich folgendes Bild: in 35 Filialen des 1. Bezirks mit 3565 Mitgliedern waren 18 = 0,5 % (Mai 0,7 %), im 2. Bezirk von 12 Filialen mit 7743 Mitgliedern 9 = 0,1 % (0,2 %), im 3. Bezirk von 23 Filialen mit 8976 Mitgliedern 52 = 0,6 % (0,5 %), im 4. Bezirk von 21 Filialen mit 9579 Mitgliedern 34 = 0,3 % (0,5 %), im 5. Bezirk von 28 Filialen mit 11 505 Mitgliedern 37 = 0,3 % (0,07 %), im 6. Bezirk von 9 Filialen mit 3331 Mitgliedern 3 = 0,1 % (0,1 %), im 7. Bezirk von 14 Filialen mit 3807 Mitgliedern 8 = 0,2 % (0,1 %) Arbeitslose gemeldet. Insgesamt wurden in den 143 berichtenden Filialen 54 666 Berufsangehörige ermittelt, von denen 37 722 = 69 % im Baubau- und 16 944 = 31 % in Lackerei- beziehungsweise Industriebetrieben beschäftigt waren. Von dieser Gesamtzahl waren arbeitslos 239 = 0,4 %.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes für das laufende Jahr ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Monat	Anzahl der berichtenden Filialen	Anzahl der Mitglieder		in Prozenten	Wöchentliche Arbeitszeitverkürzung								
		insgesamt	arbeitslos		1 bis 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	über 24 Stunden	Ver-triebliche	Ver-triebliche	Ver-triebliche	Ver-triebliche	
Januar	158	60844	6772	13,3	59	399	25	94	13	55	7	41	40
Februar	159	54062	5791	10,7	38	152	21	115	14	66	8	184	34
März	147	44901	531	1,2	8	47	—	—	—	—	—	—	46
April	150	54907	518	0,9	10	108	—	—	—	—	3	20	43
Mai	146	55843	179	0,3	—	—	—	—	—	—	—	—	47
Juni	143	48506	161	0,3	—	—	—	—	—	—	—	—	50

Eine unerfreuliche Rubrik ist immer die der nicht berichtenden Filialen. Doppelt unerfreulich, als diese Zahl nicht nur nicht ab-, sondern zunimmt. Im Berichtsmontat veräumten 50 Filialen mit 10 942 Mitgliedern die Meldung. Das bedeutet eine ganz unzulässige Nichtachtung der Organisationsnotwendigkeiten. Ein ordentliches Arbeiten zum Nutzen der Kollegen ist nur denkbar auf Grund möglichst umfassender und einwandfreier Tatsachenkenntnisse. Diese zu erlangen ist der bedeutende Zweck dieser Statistik. Jedenfalls sollte jede Filialeitung, selbst wenn sie den Zweck dieser Statistik nicht voll erkennen sollte, doch die Pflicht fühlen, der Verbandsleitung die Auskünfte zu geben, die sie fordert.

Diese Bitte geht besonders an folgende Filialen: Berlin, Breslau, Cottbus, Demmin, Forst i. L., Fürstenwalde, Guben, Gomerswerda, Jüterbog, Köslin, Landsberg, Lauenburg i. B., Luckenwalde, Oppeln, Spremberg, Stettin, Stolp, Wittensberge, Wschaffenburg, Gießen, Saarbrücken, Trier, Bremerhaven, Gmden, Schwerin, Wewerungen, Bielefeld, Bocholt, Olwe, Deimold, Hamm, Sinsfor, Eppstadt, Lüdenscheid, Hfigs, Solingen, Gmnuthaus, Egenach, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Neustadt, Pforzheim, Schwäbisch-Gmünd, Singen, Kumbach, Hofenhera, Schweinfurt, Weiden, Rattowitz

